

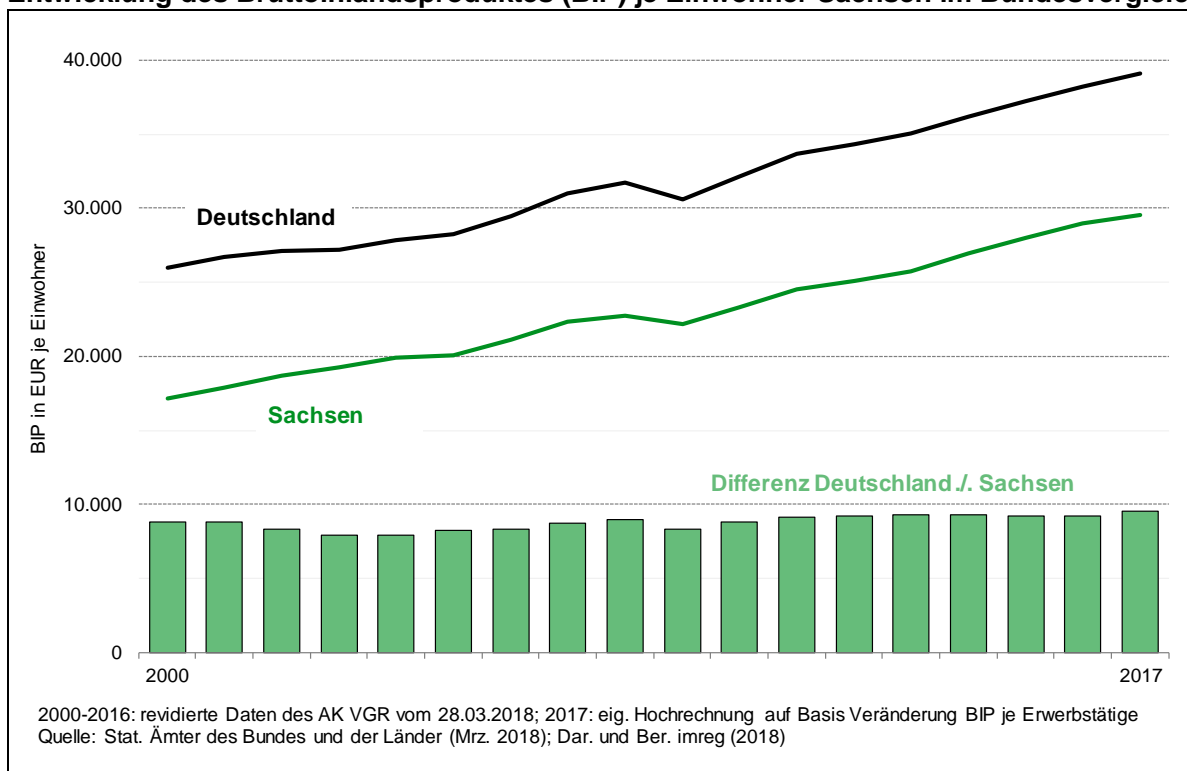
VSW.Kompakt

Positive konjunkturelle Entwicklung darf nicht über wirtschaftspolitische Aufgaben hinwegtäuschen

Wirtschaftlicher Aufholprozess stagniert trotz positiver Konjunktur

Sachsens Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben sich in den letzten Jahren zweifelsfrei insgesamt positiv entwickelt. Die Anzahl der Erwerbstätigen erreichte hierdurch den höchsten Stand seit 1991. Dies spiegelt sich auch in steigenden Einkommen wider. So erhöhten sich die Durchschnittsverdienste in Sachsens Privatwirtschaft seit 2014 um 13 Prozent.

Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) je Einwohner Sachsen im Bundesvergleich



Allerdings war das Wirtschaftswachstum zuletzt unterdurchschnittlich, wodurch der Abstand bei Wirtschaftskraft nicht reduziert werden konnte. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im vergangenen Jahr preisbereinigt nur um 1,4 Prozent an, womit der Freistaat zusammen mit Brandenburg nur auf dem drittletzten Platz aller Bundesländer lag. Nur in Sachsen-Anhalt und im Saarland war die Wirtschaftsentwicklung etwas schwächer. Im Bundesvergleich holt Sachsen damit nicht mehr auf. Im Schnitt erwirtschaftet ein Bundesbürger konstant rund 9.000 EUR mehr als in Sachsen. Gegenüber den wirtschaftsstarken süddeutschen Ländern Bayern und Baden-Württemberg vergrößerte sich der Abstand sogar.

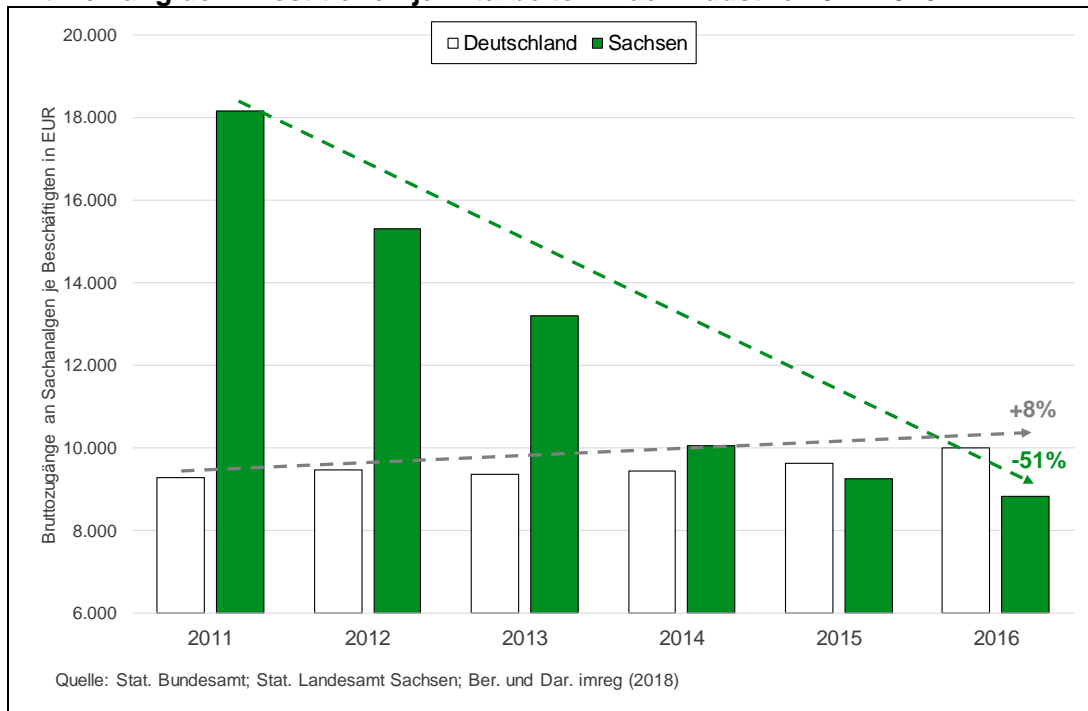
Spiegelbildlich dazu bleibt auch der Verbrauchsüberhang mit rund einem Zehntel der Wirtschaftsleistung weiter auf hohem Niveau. Mit anderen Worten wird immer noch ein Großteil des Konsums im Freistaat nur durch außerregionale Zuweisungen ermöglicht. So liegen die Konsumausgaben des Staates auf Einwohner gerechnet in Sachsen fast auf Bundesniveau und überschreiten sogar diejenigen von Baden-Württemberg, was angesichts der Abstände bei Wirtschafts- und Steuerkraft beachtlich ist. Entsprechend größer ist mit rund 27 Prozent auch der Beitrag öffentlicher Dienstleister zur Wirtschaftsleistung (Bundesschnitt: 22 Prozent). Demgegenüber bleiben Industrie und Unternehmensnahe Dienstleistungen und damit die hochproduktiven Wirtschaftssektoren unterrepräsentiert.

Investitionen vor Ort rückläufig – nachhaltige Trendumkehr verlangt bessere Rahmenbedingungen

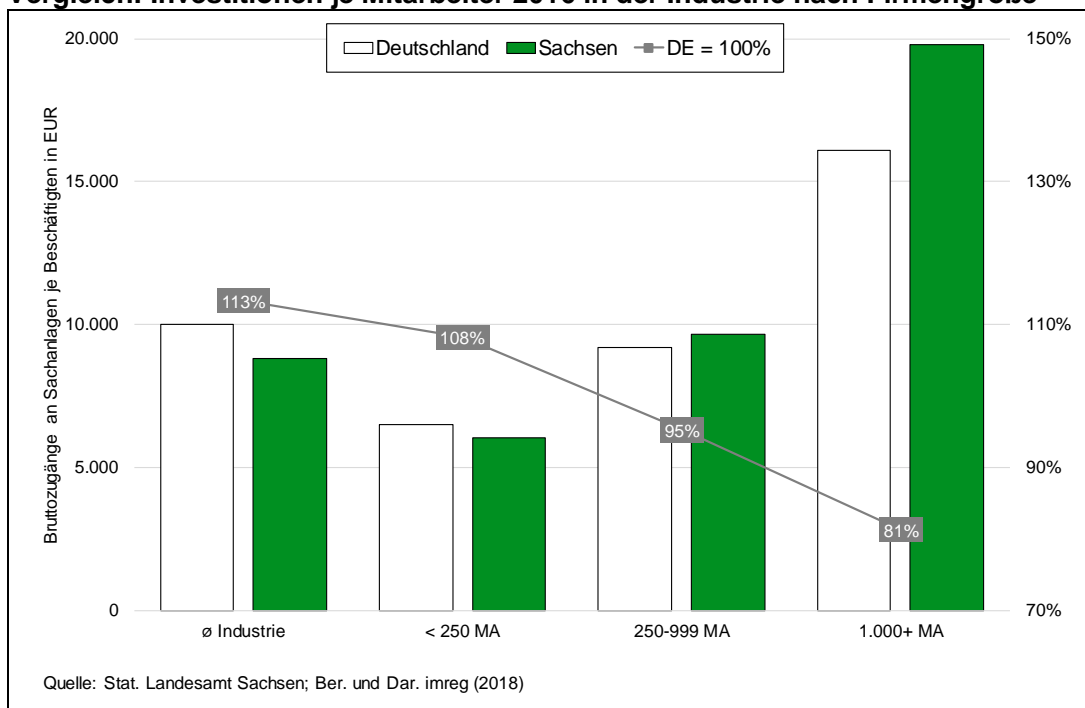
Über die Gründe für den stagnierenden Wohlstandsabstand sind sich die Volkswirte einig wie selten: So werden nahezu durchgehend die kleinteiligere Firmenstruktur und daraus resultierende, größenbedingte Defizite bei Forschung und Entwicklung sowie der Internationalisierung herausgestellt. Umso alarmierender ist die rückläufige Investitionsneigung in Sachsen einzuschätzen. So sanken die Bruttozugänge an Sachanlagen in der sächsischen Industrie je Beschäftigten seit 2011 um die Hälfte und liegen inzwischen unterhalb des Bundesniveaus. Die Rückgänge waren dabei über alle Firmengrößen hinweg zu beobachten. Auch die höhere Investitionsförderung in 2017 sollte angesichts der Ende 2016 erleichterten Förderbedingungen nicht als Trendumkehr gewertet werden, zumal das Niveau weiterhin unterhalb der Vorjahre blieb.

Ein erfolgreicher Aufholprozess setzt stattdessen eine überdurchschnittliche Investitionstätigkeit voraus. Dies ist nicht zuletzt auch die entscheidende Voraussetzung, dass sich Einkommen und Beschäftigungsniveau weiter angleichen können. So stellt auch das ifo-Institut heraus, dass derzeit nur aufgrund einer schwächeren Erwerbstätigenentwicklung noch eine Angleichung bei den Kapitalintensitäten gelingt¹. Mit anderen Worten geht die schwächere Investitionsneigung bereits mit einer unterdurchschnittlichen Beschäftigtenentwicklung einher.

Entwicklung der Investitionen je Mitarbeiter in der Industrie 2011-2016



Vergleich: Investitionen je Mitarbeiter 2016 in der Industrie nach Firmengröße



Dabei fällt auf, dass vor allem im sächsischen Mittelstand aktuell weniger als bundesweit investiert wird. Dieser ist besonders von einer überbordenden Regulierung, einer trotz steigender Arbeitskosten schwierigeren Rekrutierung von Fachkräften sowie Infrastrukturdefiziten im ländlichen Raum als

den wichtigsten derzeitigen Investitionshemmnissen betroffen. Diese Faktoren spiegeln sich potenziert in Hindernissen für eine stärkere Digitalisierung wider.

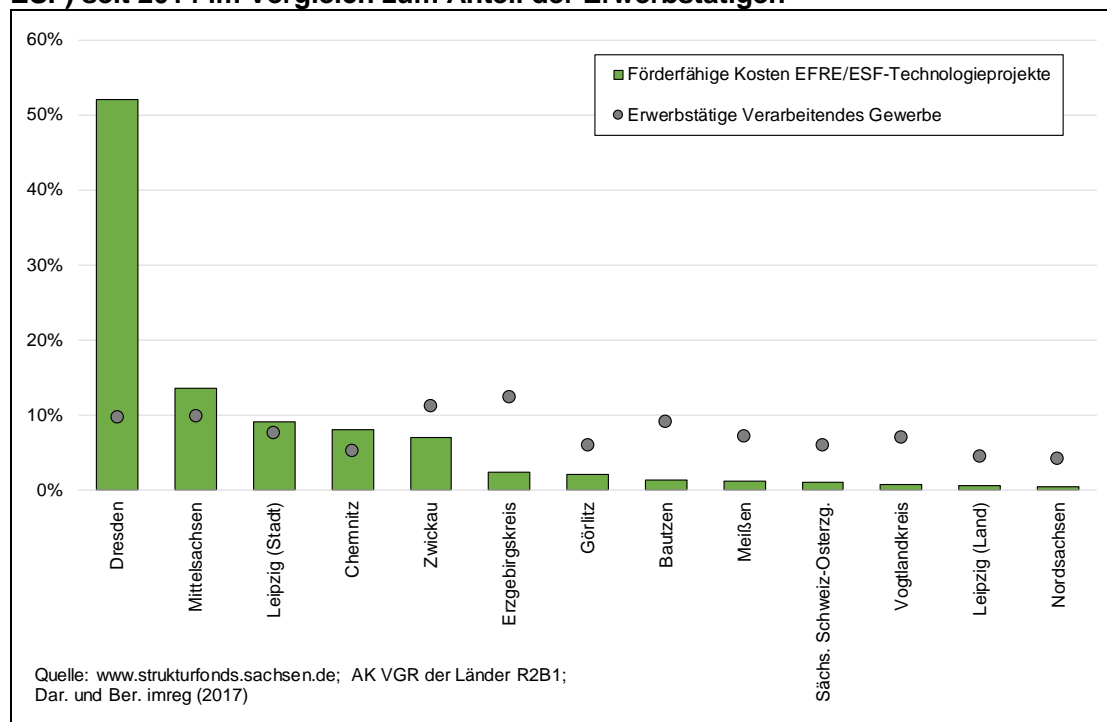
Wirtschaftspolitische Maßnahmen unzureichend – Innovationskraft muss verbreitert werden

Die mittelständisch geprägte sächsische Wirtschaft ist dementsprechend auch besonders stark von den verschlechterten Investitionsbedingungen am Standort betroffen. Eine nachhaltige Trendumkehr müsste daher bei den genannten Faktoren ansetzen. Stattdessen gehen viele aktuelle Vereinbarungen des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD erneut in die falsche Richtung: Die hauptsächlich aus den Sozialkassen finanzierten Wahlgeschenken, die weiteren Einschränkungen bei der Arbeitsvertragsgestaltung durch das gesetzliche Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit und die Begrenzung der sachgrundlosen Befristung werden wieder hauptsächlich dem Mittelstand schaden.

Aber auch in Sachsen bleiben die industriepolitischen Maßnahmen zur Unterstützung des Größenwachstums im Mittelstand über Investitionen und Innovationen trotz des hohen Handlungsdrucks unzureichend. Exemplarisch hierfür ist die geplante Reduzierung der investiven KMU-Förderung aus EU-Mitteln um fast 90 Mio. EUR für die kommenden Jahre. Auch die Mittel für den Breitbandausbau für KMU sollen nach Plänen des Wirtschaftsministeriums um ein Drittel gekürzt werden, weil die Gelder aufgrund einer späten Umsetzung, praxisferner Vorgaben zum sogenannten Kumulationsgebiet und der Überlastung in den Kommunen als vorgesehene Antragssteller nicht schnell genug abfließen.

Um weitere 100 Mio. EUR aufgestockt werden sollen stattdessen die Mittel für den öffentlichen Forschungsbereich, obwohl notwendige Maßnahmen zur Verbesserung des Technologietransfers trotz vieler richtiger Vorschläge aus dem Landtag oder in der Innovationsstrategie bisher nicht umgesetzt wurden und die regionalen Wertschöpfungseffekte aus dem Bereich aufgrund eines unzureichenden Controllings unbekannt sind. Nicht zuletzt würde sich hierdurch die regionale Schlagseite der sächsischen Technologiepolitik weiter vergrößern, ohne dass die Mehrzahl der Firmen und Arbeitnehmer im Freistaat hiervon einen erkennbaren Nutzen hat. Bereits in den drei zurückliegenden Jahren ging über die Hälfte der Technologieförderung allein in die Stadt Dresden, was vor allem in Investitionen in die öffentliche Forschungslandschaft begründet war.

Anteil förderfähiger Kosten nach Kreisen in der sächsischen Technologieförderung (EFRE & ESF) seit 2014 im Vergleich zum Anteil der Erwerbstätigen



Um die an sich wichtige Strukturfondsförderung nicht an den falschen Stellen versanden zu lassen, wäre die Unterstützung von Investitionen, Innovationen und Digitalisierung im Mittelstand zielgerichtet auszubauen. Beispielsweise kann die Breitbandförderung nachfrageorientiert über direkte Zuschüsse für KMU umgestellt werden, anstatt die ohnehin überlasteten kommunalen Bauämter mit einer weiteren Förderrichtlinie in dem Bereich zu konfrontieren. Auch ist die seit August 2017 angekündigte Neufassung der Digitalisierungsförderung in der Mittelstandsrichtlinie immer noch nicht umgesetzt und nach wie vor zu eng und kompliziert gefasst. Stattdessen drängt sich der Freistaat mit sogenannten Tarifboni unnötig und bürokratiesteigernd in einen Bereich hinein, in welchem das Grundgesetz eine staatliche Neutralität vorschreibt.

Auch angesichts der drohenden Eintrübung am Konjunkturhimmel infolge des beginnenden Handelskonfliktes zwischen den größten sächsischen Außenhandelsmärkten China und USA wäre es notwendig, jetzt die entscheidenden Weichen zu stellen und sich nicht in der erfreulichen Entwicklung der letzten Jahre zu sonnen. Ansätze für sinnvolle Maßnahmen, die die Investitionsneigung vor Ort verbessern und somit Impulse für eine Beschleunigung des Aufholprozesses und des Größenwachstums im Mittelstand setzen, gibt es genug. Es muss allerdings von Seiten der Wirtschaftspolitik tatsächlich gewollt und nicht nur in Sonntagsreden versprochen werden.

ⁱ Joachim Ragnitz und Marcel Thum: Ist die nachlassende Investitionstätigkeit in Ostdeutschland ein Problem? ifo Dresden berichtet 1/2018.